

ter und Lehrer sowie Ausweisung nationalsozialistischer Ausländer.<sup>88</sup> Es waren dieselben Forderungen, wie sie das heimattreue Aktionskomitee eine gute Woche zuvor an Landtag, Regierung und Fürsten gerichtet hatte.

Die Polizei entfernte Tafeln und Galgen; die Akteure stellten sie erneut auf. Und weil sie auf eine Tafel noch die Namen des VU-Präsidenten Dr. Otto Schaedler und des Vizeregierungschefs Dr. Alois Vogt setzten und sie mit der Volksdeutschen Bewegung und dem Nationalsozialismus in Verbindung brachten, entstand sogleich neuer Parteien- und Zeitungsstreit. Die VU verwahrte sich heftig. In Protest sprach eine fünfköpfige VU-Delegation, geführt vom Präsidenten, bei der Regierung vor, und die VU-Parteileitung erstattete Strafanzeige gegen die «Aufwiegler».<sup>89</sup> Das «Liechtensteiner Vaterland» nannte die Lindenplatzaktion eine der «schandvollsten Erscheinungen der politischen Geschichte des Landes». Das «Volksblatt» erwiderte, da kenne man andere, kritisierte die Reaktion der Oppositionspartei als unverhältnismässig, tadelte mild zugleich die Galgenaktion. Rechtsstaatlich müsse verfahren werden.<sup>90</sup> Seither ist jener symbolische Galgen als Ausdruck der Volksstimmung im Lande beim Kriegsende in Erinnerung geblieben.

Wenige Wochen später beschloss im Juni 1945 die Regierung in der Säuberungsfrage klärende Grundsätze und veröffentlichte sie: Gerichtlich werde gegen jene Ausländer vorgegangen, die strafbare Handlungen begangen, fremdenpolizeilich – durch Ausweisung oder Einreisesperre – gegen jene, die ihr Gastrecht missbraucht hätten. In drei Fällen habe die Regierung schon die Ausweisung verfügt, weitere würden folgen. Die Massregelung von Liechtensteinern erfolge im Rahmen des Rechts: Bestraft werde, wer bei seiner NS-Tätigkeit gegen bestehende Gesetze verstossen habe. Die Polizei untersuche jeden einzelnen Fall. Der Prozess gegen die Putschisten von 1939 werde wieder aufgenommen. Die Bevölkerung solle nicht ungeduldig werden.<sup>91</sup> Diese Grundsätze übernahm auch die neue Regierung unter Alexander Frick und Ferdinand Nigg, welche am 3. September 1945 bestellt wurde.<sup>92</sup>

Im Jahr darauf, 1946, wurden die 1939er Putschführer zu teils mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, schliesslich ebenso der ab 1940 amtierende Landesleiter der nationalsozialistischen «Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein», Dr. Alfons Goop; da dieser alle Verantwortung auf sich nahm, kamen die übrigen «Umbruch»-Leute ungestraft davon. Verurteilt wurden einige Personen wegen verbotenen Nachrichtendienstes.<sup>93</sup> Und etliche Liechtensteiner wurden noch durch die Schweiz gesucht<sup>94</sup> und dort zu teils sehr langen Strafen verurteilt; verschiedene Liechtensteiner sowie liechtensteinische Kriegsfreiwillige wurden mit schweizerischer Einreisesperre belegt.<sup>95</sup>

Im Sommer 1945 gab es also gleich andere innenpolitische Sorgen. Die Regierung wankte. Landtag und Fürst hatten noch im November 1944 Dr. Josef Hoop als Regierungschef und Dr. Alois Vogt als Regierungschef-Stellvertreter für weitere sechs Jahre – bis 1950 – bestellt.<sup>96</sup> Anfang Juni 1945 jedoch kündigte Regierungschef Hoop parteiintern seinen Rücktritt an, nahm ihn auf Bitten der Partei nochmals zurück,<sup>97</sup> liess sich aber ab Mitte Juni krankheitshalber beurlauben.<sup>98</sup>

---

86) LVaterland und LVolksblatt. Mai/Juni 1945.

87) Allgäuer/Jansen/Ospelt (s. oben Anm. 26), S. 124, 129, 133.

88) LLA Fotosammlung (Sammlung Hans Walser).

89) LLA S 78/164.

90) LVaterland und LVolksblatt Ende Mai und Anfang Juni 1945.

91) LLA RF 230/478. – LVolksblatt, 14. Juni 1945.

92) LLA L Landtags-Prot. vom 18. Sept. 1945, nichtöff.

93) LLA, Gerichtsakten.

94) Schweizerischer Polizeianzeiger (Zeller) 1945 ff.

95) Diverse Akten im LLA. – Akten Privatbesitz Prof. Ernst Nigg, Vaduz (dem Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt).

96) LLA L Landtags-Prot. vom 9. Nov. 1944. – Ernennung durch den Fürsten, 24. Nov. 1944, HA Schloss Vaduz, Korrespondenz Kabinettskanzlei 1944/112. – Rechenschafts-Bericht 1944, S. 43.

97) Pressemitteilung der Bürgerpartei-Leitung im LVolksblatt, 9. Juni 1945.

98) LVolksblatt, 14. Juni 1945.